

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Februar 2012

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Anja Wodrich

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 30. Januar bis 05. Februar 2012

Das Wichtigste in Kürze

Staats- und Regierungschefs einigen sich auf Fiskalpakt

Bei ihrem Treffen am 30.01. erzielten 25 Länder (Ausnahmen: Großbritannien und Tschechien) eine Einigung über einen Pakt zur Durchsetzung von mehr Haushaltsdisziplin. Die Unterzeichnung ist für den Europäischen Rat am 01./02.03. vorgesehen. Der Pakt tritt nach Ratifizierung durch 12 Euroländer und frühestens zum 01.01.13 in Kraft; danach müssen innerhalb eines Jahres gesetzliche Schuldenbremsen verankert werden, die zu automatischen Korrekturen bei einem Haushaltsdefizit von mehr als 0.5%/BIP (bisher: 1%) führen, sofern keine außergewöhnlichen Umstände vorliegen. Bei deutlich niedrigerer Gesamtverschuldung als 60%/BIP ist die Schwelle 1%.

Die Einführung dieser Schuldenbremse kann auf Antrag eines Mitgliedstaats vom Europäischen Gerichtshof kontrolliert werden, der bei Missachtung seines Urteils bis zu 0.1%/BIP Zwangsgelder verhängen kann. Juristen müssen noch überprüfen wie dieses Klagerecht unter Einschaltung der Kommission ausgestaltet werden kann. Bei Euroländern soll die Einleitung eines Defizitverfahrens nur noch durch qualifizierte Mehrheit der Eurogruppe verhindert werden können. Nichteuroländer können nach Ratifizierung des Pakts mindestens einmal jährlich an Sitzungen der Eurogruppe teilnehmen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/127736.pdf

I. Institutionelle Angelegenheiten

Italien missachtet Staatenimmunität von Deutschland

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat am 03.02. entschieden, dass Italien dadurch gegen den Grundsatz der Staatenimmunität verstoßen hat, dass es Verurteilungen Deutschlands zu Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe an italienische Opfer des NS-Regimes und Vollstreckungsmaßnahmen griechischer Gerichte in deutschen Besitz in Italien zugunsten griechischer NS-Opfer zugelassen hat. Griechenland ist Italien als Streithelfer beigestanden. Griechische Kläger hatten 2008 mit Zustimmung des obersten italienischen Zivilgerichts eine Zwangshypothek auf die Villa Vigoni am Comer See erwirkt, dem Sitz des Deutsch-Italienischen Zentrums für europäische Exzellenz. Italien muss nunmehr die Wirkungen dieser gerichtlichen Entscheidungen aufheben.

<http://www.ici-cij.org/docket/files/143/16897.pdf>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Europäisches Parlament unterstützt neue Sanktionen gegen Iran

In seiner EntschlieÙung vom 02.02. unterstützt das EP neue Sanktionen und warnt vor weiterer Eskalation. Die Sanktionen sollten sich so wenig wie möglich auf die Zivilbevölkerung auswirken. Der Iran müsse sein Atomprogramm stoppen und an den Verhandlungstisch zurückkehren.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120201IPR36947/html/Iran-EP-unterst%C3%BCzt-neue-Sanktionen-und-warnt-vor-weiterer-Eskalation>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0024+0+DOC+XML+VO//DE&language=DE>

3. Aktive Beteiligung von Frauen bei Friedens- und Sicherheitsanliegen

In seiner EntschlieÙung vom 02.02. fordert das Europäische Parlament im Hinblick auf Friedensprozesse, dass sich die EU für eine verbindliche Mitwirkung von Frauen in den internationalen Teams, die Friedensverhandlungen führen, einsetzt; fordert Fortschritte in Bezug auf die permanente Beteiligung von Frauen in politischen Führungspositionen, einheimischen Frauenrechtsorganisationen und/oder zivilgesellschaftlichen Gruppen an den Verhandlungen während des gesamten Friedensprozesses. Außerdem fordert das EP die Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Mitgliedstaaten auf, eine verstärkte Einbindung von Frauen in ihre Beziehungen mit Drittstaaten und außerhalb der EU ansässigen Organisationen aktiv zu fördern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0028+0+DOC+XML+VO//DE&language=DE>

b) Außenhandel

EU obsiegt gegen China bei Exportbeschränkungen für Rohstoffe

Das Berufungsgremium der Welthandelsorganisation (WTO) bestätigte am 30.01. die Feststellungen eines Panels vom Juli 2011, nach denen die von China eingeführten Exportbeschränkungen für mehrere Rohstoffe gegen die WTO-Regeln verstoßen. Die WTO stellte fest, dass die Exportbeschränkungen Chinas nicht aus Gründen der Natur- und Artenschutzpolitik zu rechtfertigen sind. Kein Gegenstand der Klage waren die seltenen Erden. Der Spruch des Berufungspanels wird jedoch als Präzedenzfall gewertet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/87&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/58&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

http://www.wto.org/english/news_e/news11_e/394_395_398r_e.htm

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Entwicklungszusammenarbeit bei Zugang zu Energie bis 2030

In seiner EntschlieÙung vom 02.02. betont das Europäische Parlament, dass es zwar kein eigenes Millennium-Entwicklungsziel für Energie gibt, dass der Zugang zu modernen, nachhaltigen Energiedienstleistungen für alle jedoch eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele ist. Das EP fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das (von der UN festgelegte) internationale Ziel des universellen Zugangs zu Energie bis 2030 zu übernehmen, sich für dessen Verwirklichung einzusetzen und ihre Politik und Entwicklungszusammenarbeit auf dieses Ziel auszurichten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0029+0+DOC+XML+VO//DE&language=DE>

2. EP kritisiert Verwaltung der humanitären EU-Hilfsmittel

In seiner EntschlieÙung vom 02.02. fordert das Europäische Parlament, dass der für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz zuständige Dienst der Kommission (ECHO) die Hilfsgelder effizienter und weniger bürokratisch verwaltet. Gleichzeitig soll ein hohes Maß an Verantwortlichkeit und Transparenz gewährleistet werden. Die Verlässlichkeit von möglichen Partnerorganisationen sei genauer zu prüfen, um sicherzugehen, dass ihre Verwaltungssysteme den Anforderungen entsprechen. Die Abgeordneten weisen auf Schwachstellen im Bereich Transparenz und Rechenschaftspflicht der UN-Verwaltung von EU-Geldern hin. Dem Text zufolge sei es schwierig, die Effizienz und Wirksamkeit dieser Hilfsgelder einzuschätzen, da UN-Berichte unzureichende Informationen über Projektergebnisse enthielten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120201IPR36949/html/Das-Parlament-kritisiert-die-Verwaltung-der-humanit%C3%A4ren-EU-Hilfsmittel>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Kommission will verstärkt Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat beim informellen EU-Gipfel am 30.01. einen "Pakt für mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum" gefordert. "Um der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen, wird jedes Mitgliedsland einen Nationalen Arbeitsplan entwickeln. In dessen Zentrum soll ein Jugendförderungsgesetz stehen, das alle jungen Menschen entweder in Beschäftigung, in Fortbildung oder in Ausbildung innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss bringt. Die Kommission wird Unterstützungsteams für die acht Mitgliedstaaten mit überdurchschnittlich hoher Jugendarbeitslosenrate einrichten." Die Kommission will hierfür ungenutzte Strukturfondsmittel in Höhe von 82 Mrd. EUR nutzen. Barroso hat Spanien, Griechenland, die Slowakei, Litauen, Italien, Portugal, Lettland und Irland angeschrieben.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10424_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/49&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2012/01/20120131_speeches_1_en.htm

2. Arbeitslosenquote des Euroraums im Dezember bei 10.4%

Im Euroraum (ER17) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2011 bei 10.4%, unverändert gegenüber November. Im Dezember 2010 hatte sie 10.0% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2011 bei 9.9%, ebenfalls unverändert gegenüber November. Im Dezember 2010 hatte sie 9.5% betragen. Eurostat schätzt, dass im Dezember 2011 in der EU27 insgesamt 23,816 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 16,469 Millionen im Euroraum. Gegenüber November 2011 ist die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 24 000 und im Euroraum um 20 000 gestiegen. Gegenüber Dezember 2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 923 000 und im Euroraum um 751 000 zu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/16&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Monitor für freie Stellen in Europa zeigt positive Tendenz

Der von der Kommission am 30.01. vorgelegte Monitor untersucht die Entwicklungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Danach hatten vom Ende des zweiten Quartals 2010 bis zum Ende des zweiten Quartals 2011 rund 46,7 Millionen Menschen in 26 Ländern (alle EU-Staaten außer Slowakei) einen Job gefunden. Die Beschäftigung stieg um rund 1 Mio. im gleichen Zeitraum. Deutschland verzeichnete den größten Anstieg bei den Stellenbesetzungen zwischen dem zweiten Quartal 2010 und im zweiten Quartal 2011 (+ 57 %), gefolgt von Litauen (+ 42 %), Malta (+ 36 %) und Rumänien (+ 33 %).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/55&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

4. EP fordert angemessene Finanzierung für Programm Daphne

Das Europäische Parlament forderte in seiner Entschließung vom 02.02., dass die Finanzierung des nächsten Daphne-Programms, um Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen, auf einem mit dem früheren Programm vergleichbaren Niveau gewährleistet wird.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120201IPR36952/html/Daphne-Angemessene-Finanzierung-zum-Schutz-von-Frauen-und-Kindern-vor-Gewalt>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0027+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

b) Gesundheit

Kommission zieht Konsequenzen aus Betrugsaffäre um Brustimplantate

Nach der Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Ausschusses „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) über die Sicherheit von Silikonprodukten, die von dem Unternehmen Poly Implant Prothèse (PIP) hergestellt wurden, gab die Kommission am 02.02. weitere Studien zu gesundheitlichen Auswirkungen mangelhafter Brustimplantate in Auftrag. Ferner wird die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten erörtern, wie die Überwachung von Medizinprodukten im Rahmen des geltenden Rechts unverzüglich verschärft werden kann, etwa durch unangekündigte Inspektionen und zusätzliche Stichproben bei bereits auf dem Markt befindlichen Produkten. Die Kommission plant, noch in diesem Halbjahr einen Vorschlag zur Überarbeitung der Medizinprodukte-Richtlinie vorzulegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/96&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/health/scientific_committees/emerging/index_en.htm

http://ec.europa.eu/health/medical-devices/regulatory-framework/index_en.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

1. EP lehnt Vorschlag zu Lebensmittelkennzeichnung ab

Das Europäische Parlament verhinderte am 02.02. durch sein Veto gegen den Vorschlag einer Verordnung der Kommission zur Lebensmittelkennzeichnung, dass die Angaben „enthält jetzt X Prozent weniger [Energie, Fett, gesättigte Fettsäuren, Kochsalz/Natrium und/oder Zucker]“ verwendet werden dürfen, wenn ein Hersteller seine Erzeugnisse um mindestens 15% bei den angegebenen Nährstoffen reduziert. Dies sei irreführend, da für die derzeitigen Leicht-Produkte eine Verringerung um mindestens 30 % (25 % für Salz) vorgeschrieben sei, ohne dass der Prozentsatz angegeben werde. Außerdem könne es andere Erzeugnisse mit einem geringeren Gehalt geben, ohne dass die angegeben werden könne. Der Rat hatte am 23.01. keine Einwände erhoben. Das EP fordert die Kommission zur Vorlage eines revidierten Entwurfs auf.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120201IPR36953/html/EP-Veto-gegen-%C3%84nderungen-von-irref%C3%BChrenden-Lebensmittelkennzeichnungen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0022+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Holsteiner Katenschinken geschützt

Holsteiner Katenschinken wurde am 31.01. in das EU-Qualitätsregister aufgenommen und darf jetzt die offizielle Bezeichnung "geschützte geographische Angabe" (g.g.A.) tragen. Seit 31.01. mit "g.U." (Geschützte Ursprungsbezeichnung) geschützt ist zudem ein Honig aus dem polnisch-litauischen Grenzgebiet ("Seinų / Lazdijų krašto medus / Miód z Sejneńszczyzny / Łódziejszczyzny". Dies ist das erste Mal, dass zwei Länder gemeinsam die Aufnahme eines Produkts in das Qualitätsregister beantragt haben.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10427_de.htm

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Kommission setzt Beschränkungen für Banker-Boni durch

In seiner Rede am 30.01. in einem Workshop des Europäischen Parlaments bekräftigte Kommissar Barnier, dass die Kommission energisch die am 01.01. in Kraft getretenen Einschränkungen für Bonuszahlungen von Banken durchsetzen wolle. In den nächsten Wochen werde die Überprüfung der korrekten Übernahme durch die Mitgliedstaaten abgeschlossen. Gegen zwei Staaten liefen bereits Vertragsverletzungsverfahren. Die Kommission werde auch genau auf die Bonuszahlungen der Banken im vergangenen Jahr achten. Die Kommission werde auch nicht zögern, zusätzliche Gesetzgebungsmaßnahmen vorzuschlagen, wenn die Banken weiterhin übermäßige Boni zahlten oder wenn es größere Probleme bei der Anwendung gebe. Denkbar sei die Vorgabe eines Höchstsatzes für Boni im Verhältnis zum Grundgehalt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/48&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

2. EP für Mobilität bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Das Europäische Parlament verabschiedete am 02.02. eine Entschließung mit Empfehlungen an die Kommission zu einer 14. gesellschaftsrechtlichen Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verlegung von Unternehmenssitzen. Danach sollten Gesellschaften mit beschränkter Haftung sich beliebig innerhalb der EU niederlassen können sofern die Beschäftigten angehört worden sind, die Anteilseigner zugestimmt haben und kein Steuer- oder Sozialrecht umgangen werde.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120201IPR36962/html/Company-mobility-Parliament-asks-Commission-to-table-intra-EU-migration-rules>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0019+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

b) Steuern

Verhinderung von Steuerbetrug und Erhöhung der Steuertransparenz

In seiner EntschlieÙung vom 02.02. zu dem jährlichen Steuerbericht stellt das Europäische Parlament fest, dass die Verbesserung des Binnenmarkts und möglicherweise eine Steuerharmonisierung zentrale Schlüssel für die Förderung des Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein könnten. Notwendig sei die Beseitigung grenzübergreifender steuerlicher Hindernisse für die EU-Bürger, die Verhinderung der doppelten Nichtbesteuerung und des Steuerbetrugs sowie die Erhöhung der Steuertransparenz. Die Mitgliedstaaten müssten der Bekämpfung der illegalen Nutzung von Steueroasen oberste Priorität einzuräumen und Abkommen über Betrugsbekämpfung und den Austausch steuerrelevanter Informationen mit Andorra, Monaco und San Marino sowie ein neues Abkommen mit der Schweiz schließen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0030+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

c) Wettbewerbsrecht

Kommission eröffnet Kartellverfahren gegen Samsung

Die Kommission hat ein förmliches Prüfverfahren gegen Samsung Electronics eingeleitet, um zu festzustellen, ob das Unternehmen gegen das EU-Kartellrecht verstoßen hat, indem es bestimmte grundlegende Patentrechte, die für die Implementierung von Industriestandards benötigt werden, missbräuchlich und entgegen seinen Zusagen gegenüber dem Europäischen Institut für Telekommunikationsnormen (ETSI) nutzte, um den Wettbewerb auf den europäischen Märkten für Mobilgeräte zu verfälschen. Das Unternehmen hatte sich gegenüber dem ETSI verpflichtet, für alle grundlegenden Patente, die für die Implementierung von europäischen Mobilfunkstandards unerlässlich sind, Lizenzen zu fairen, zumutbaren und diskriminierungsfreien Bedingungen zu erteilen (FRAND-Selbstverpflichtung).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/89&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Europäische KMU-Beauftragte erleichtern Leben von Kleinunternehmen

Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani begrüßte die Fortschritte beim Zugang der KMU zu Krediten und die Entbürokratisierungsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten. Auf der zweiten Sitzung des Netzwerks der KMU Beauftragten am 26.01. in Luxemburg, unter dem Vorsitz des EU-KMU-Beauftragten, Daniel Calleja Crespo, berichteten die Mitgliedstaaten über die erzielten Fortschritte. So arbeiteten die Niederlande an Verbesserungen des Vergaberechts im Blick auf die KMU. Schweden arbeite an einer Verbesserung der Risikokapitalregelung.

Italien habe seinen zentralen Garantiefonds für die Landwirtschaft erhöht, so dass Banken leichter Kredite an KMU vergeben können. Deutschland berichtete, dass vier von fünf Unternehmen innerhalb von drei Tagen für weniger als 100 EUR gegründet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/53&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Wirtschaftliche Einschätzung verbesserte sich im Januar

Im Januar stieg der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) um 1,2 Punkte in der EU und um 0,6 Punkte im Euroraum auf 92,8 bzw. 93,4 Punkte – der erste Anstieg seit März 2011. Diese Erhöhung war vor allem auf das verbesserte Vertrauen im Dienstleistungssektor und weniger auf das Verbrauchervertrauen und das Vertrauen im Bausektor zurückzuführen. So verbesserte sich die wirtschaftliche Einschätzung in den großen Mitgliedstaaten der Eurozone in Deutschland um +2,3 Punkte und in Spanien um +1,8 Punkte, wohingegen sie sich in Frankreich um -2,1 Punkte, in Italien um -1,1 Punkte und in den Niederlanden um -1,0 Punkt verschlechterte. Was die übrigen großen EU-Mitgliedstaaten betraf, so erhöhte sich die wirtschaftliche Einschätzung im VK um +5,0 Punkte und in Polen um +2,7 Punkte. Nur in Deutschland liegt der ESI über seinem langfristigen Durchschnitt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/86&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Inflationsrate des Euroraums im Januar auf 2.7% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate des Euroraums für Januar 2012 wird auf 2.7% vorausgeschätzt. Dies geht aus einer veröffentlichten Vorausschätzung von Eurostat hervor. Im Dezember 2011 lag die Rate ebenfalls bei 2.7%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/17&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

EDF kann Anteil an ERSA (Polen) von EnBW übernehmen

Die Kommission genehmigte am 01.02. den Erwerb der Anteile von Energie Baden-Württemberg AG ("EnBW") am polnischen Stromerzeuger Elektrownia Rybnik S.A. ("ERSA"). EDF wird dadurch Alleineigentümer.

c) Währung und Finanzen

1. Permanenter Eurorettungsfonds (ESM) unterschrieben

Die Vertreter der Euroländer unterzeichneten am 02.02. den revidierten Text für einen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Es verbleibt bei einem Ausleihvolumen von 500 Mrd. EUR und einem Kapital von 700 Mrd. von dem 80 Mrd. in 5 Jahresraten ab Juli einzuzahlen sind. Auf Deutschland entfallen 190 bzw. 22 Mrd. EUR (4.4 Mrd. ab Juli). Während der einjährigen Koexistenz mit dem vorläufigen Eurorettungsfonds (EFSF) bleibt es bei insgesamt 500 Mrd. EUR Rettungsbeihilfen. Der Europäische Rat wird jedoch am 01./02.03. über eine Erhöhung der Ausleihsummen beraten. Im Gespräch ist eine Erhöhung auf 1 Billion EUR sowie eine Aufstockung der Mittel des IWF um 500 Mrd. EUR, wofür die Euroländer bereits 150 Mrd. EUR bedingt zugesagt haben. Der Vertrag bedarf der Ratifizierung durch alle Euroländer. Notwendig ist ferner die Ratifizierung einer Vertragsänderung durch alle EU-Mitgliedstaaten (Art. 136 AEUV).

<http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/european-stability-mechanism-treaty-signed?lang=de>

2. Mehr Schlagkraft durch neuen Eurorettungsfonds (ESM)

Der ESM soll nunmehr ein Jahr früher, ab Juli dieses Jahres, einsatzbereit sein. Die Instrumente sind erheblich ausgeweitet worden. So kann der ESM nicht nur Darlehen vergeben, sondern ohne weiteres auch Anleihen auf dem Primär- und Sekundärmarkt aufkaufen und Beistandskredite gewähren. Die Zinsen werden verbilligt und die Laufzeiten auf bis zu 30 Jahre verlängert. Neu ist auch, dass ab März 2013 nur Länder, die den Fiskalpakt ratifiziert haben, Hilfen erhalten können; ein Jahr nach Inkrafttreten müssen sie auch die Schuldenbremse eingeführt haben. Grundlegende Entscheidungen im ESM werden einstimmig getroffen, in Eilfällen aber mit einer qualifizierten Mehrheit von 85% des Aktienanteils. Dies gibt Deutschland (27%), Frankreich (20%) und Italien (18%) ein Vetorecht. Eine obligatorische Beteiligung privater Gläubiger bei Rettungsmaßnahmen ist nicht mehr vorgesehen. Stattdessen werden ab 2013 Umschuldungsklauseln im Stile des IWF eingeführt.

<http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/european-stability-mechanism-treaty-signed?lang=de>

3. EZB hat Ankauf von Staatsanleihen fast eingestellt

In der Woche zum 27.01. erhöhten sich die Bestände des im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte gehaltenen Portfolios nur um 63 Mio. EUR. In der Vorwoche waren es 2.243 Mrd. EUR und davor wiederum 3.770 Mrd. EUR. Der Wert des Portfolios beläuft sich auf 219 Mrd. EUR.

<http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2012/html/fs120131.de.html>

4. Banken verschärfen Bedingungen für Kreditvergabe

Nach der letzten Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft im **Euro-Währungsgebiet** verschärfen die Banken im vierten Quartal 2011 die Kreditbedingungen sowohl für nichtfinanzielle Unternehmen (35% netto, nach 16% im Vorquartal) als auch für Wohnungsbaukredite an private Haushalte (29%, nach 18%) und Verbraucherkredite (13%, nach 10%). Dagegen sind in **Deutschland** gemäß den neuesten Umfrageergebnissen der Deutschen Bundesbank die Kreditstandards auch im vierten Quartal 2011 weitgehend unverändert geblieben. Lediglich für langfristige Ausleihungen im Unternehmensgeschäft verzeichneten die teilnehmenden Banken leichte Verschärfungen. Für das erste Vierteljahr 2012 beabsichtigen die teilnehmenden Institute ihre Kreditrichtlinien weitgehend unverändert zu lassen, mit Ausnahme von abermals leichten Verschärfungen bei langfristigen Ausleihungen an Unternehmen.

<http://www.bundesbank.de/download/ezb/presenotizen/2012/20120201.ergebnisse.pdf>

http://www.ecb.int/stats/pdf/blssurvey_201201.pdf?ec115fc21783a45ac5b5e47813434b0f

http://www.bundesbank.de/download/presse/presenotizen/2012/20120201.bank_lending_survey.php

VII. Justiz und Inneres

Europäisches Parlament dringt auf Regelung für Sammelklagen

In seiner EntschlieÙung vom 02.02. begrüÙt das EP die Konsultation der Kommission vom 04.02.11 „Öffentliche Konsultation: Kollektiver Rechtsschutz: Hin zu einem kohärenten europäischen Ansatz“. Das EP betont, dass die durch rechtswidrige Praktiken geschädigten Bürger und Unternehmen in der Lage sein müssen, Entschädigung für ihre individuellen Verluste oder erlittenen Schäden zu verlangen, insbesondere im Fall von Massen- und Streuschäden, bei denen das Kostenrisiko möglicherweise nicht im Verhältnis zu den erlittenen Schäden steht. Wenn nach eingehender Prüfung entschieden werden sollte, dass ein Mechanismus kollektiven Rechtsschutzes auf EU-Ebene notwendig und wünschenswert ist, müsse jeder Vorschlag die Form eines horizontalen Rahmens mit gemeinsamen Grundsätzen haben, die in der EU einheitlichen Zugang zu den Gerichten mittels kollektiven Rechtsschutzes gewährleisten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0021+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

VIII. Umwelt

1. Reduzierung der Gefahren von Gewässerverunreinigung

Die Kommission schlug am 31.01. vor, weitere 15 Chemikalien auf die Liste der 33 Schadstoffe zu setzen, die in den EU-Oberflächengewässern überwacht werden. Zu den 15 Stoffen gehören Industriechemikalien wie auch Stoffe, die in Bioziden, Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln verwendet werden. Für sechs der 15 neuen prioritären Stoffe würde die vorgeschlagene Einstufung bedeuten, dass ihre Emissionen in Gewässer innerhalb von 20 Jahren schrittweise eingestellt werden müssen. Der Vorschlag enthält auch strengere Normen für vier bereits geregelte Stoffe sowie die Auflage, die Emissionen von zwei weiteren, auf der Liste stehenden Stoffen einzustellen. Neu ist die Aufnahme pharmazeutischen Wirkstoffen (zwei Hormonprodukte und Diclofenac), deren therapeutische Wirkung jedoch anerkannt wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/88&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/water/water-dangersub/pri_substances.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/59&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Partielle Aktivierung des Emissionshandelsregisters für Fluggesellschaften

Am 30.01. erfolgte ein weiterer Schritt zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel. Die Kommission aktivierte das Zentralregister, so dass Fluggesellschaften nunmehr Konten für den Emissionshandel eröffnen können. Derzeit werden die Emissionszertifikate in den elektronischen Registern der Mitgliedstaaten verwahrt. Eine Zentralisierung auf EU-Ebene soll frühestens im Juni erreicht werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/52&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

IX. Verkehr

1. Kommission drängt auf erhöhte Sicherheit für Passagierschiffe

Kommissionsvizepräsident Siim Kallas kündigte am 03.02. nach einem Treffen mit dem Vorstand des European Cruise Council an, dass Passagierschiffe künftig neuen EU-Mindestanforderungen und verschärften Sicherheitsstandards unterliegen sollen. Die Kommission werde in diesem Frühjahr eine Konferenz mit Interessensvertretern sowie eine Konsultation durchführen. Im Sommer würden dann die neuen Gesetzesvorschläge präsentiert. Die Kommission drängt zudem auf eine Sicherheitsüberprüfung aller Passagierschiffe durch die Internationale Schifffahrtsorganisation (IMO).

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10434_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/97&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Satelliten-Projekt Galileo startet planmäßig 2014

Die Vorbereitungen für den vollständigen Einsatz des europäischen Satelliten am 02.02. drei Unternehmen, darunter die deutsche OHB System AG (DE), Verträge über acht weitere Satelliten mit einem Wert von rund 250 Mio. EUR. "Für das Galileo-Projekt bedeuten die heutigen Unterschriften, dass das Programm planmäßig und innerhalb des verfügbaren Finanzrahmens verläuft. Das bedeutet, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten der durch Galileo verbesserten Satellitennavigation ab dem Jahr 2014 nutzen können", sagte der für Industrie und Unternehmertum zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Antonio Tajani.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/galileo/index_en.htm

X. Medien und Informationsgesellschaft

Europaweit: Safer Internet Day am 7. Februar

Auf Initiative der Kommission werden am 07.02. weltweit Veranstaltungen und Aktionen das Thema "Sicherheit im Netz" in den Mittelpunkt rücken. Über die Aktivitäten in Deutschland können Sie sich auf der [Webseite von Klicksafe](#) informieren:

<http://www.klicksafe.de/ueber-klicksafe/safer-internet-day/sid-2012/>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung und Sport

Kampf gegen Gewalt in Stadien und gegen Doping und Manipulationen

In seiner Entschliebung vom 02.02. zur europäischen Dimension des Sports fordert das Europäische Parlament Maßnahmen auf europäischer Ebene gegen Doping, Gewalt in den Stadien, manipulierte Spiele und skrupellose Spieleragenten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120201IPR36950/html/Sport-EU-muss-Gewalt-in-Stadien-vorbeugen>

b) Forschung

Konsultation zum Europäischen Forschungsraum ausgewertet

Schlüsselthemen der bis zum 30.11.11. durchgeführten Konsultation waren Erhöhung der Attraktivität Europas für Spitzenwissenschaftler und global mobile private FuE-Investitionen, Steigerung der transnational koordinierten Forschung, Erzielung größerer wissenschaftlicher Exzellenz, grenzüberschreitendes Leben, Arbeiten und Kooperieren oder die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Kommissarin Geoghegan-Quinn stellte sie auf der ERA-Konferenz 2012 „Fostering Efficiency, Excellence and Growth“ in Brüssel vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/84&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/research/era/consultation/era-summary-reports_en.htm

c) Kultur

Startschuss für das Jahr des interkulturellen Dialogs EU/China 2012

Das Jahr des interkulturellen Dialogs EU/China 2012 wurde am 01.02. von Kommissarin Androulla Vassiliou und Cai Wu, dem Kulturminister der Volksrepublik China, offiziell eröffnet. Während dieses Jahres werden die EU-Mitgliedstaaten und China Gastgeber zahlreicher Veranstaltungen und Projekte sein, durch die der interkulturelle Dialog und das wechselseitige Verständnis durch Kulturaustausch und Kontakte zwischen den Menschen intensiviert werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/91&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/culture/eu-china/intercultural-dialogue-2012>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/50&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Vassiliou)

XII. Sonstiges

1. Podiumsdiskussion „Aktuelle Entwicklungen im nördlichen Afrika“ in Bonn

Am 08.02. diskutieren Abdelbaki Dellali, Generalkonsul der Tunesischen Republik, Alexander Graf Lambsdorff, Mitglied des Europäischen Parlaments (FDP) und Christian Falkowski, Direktor und Botschafter a.D. der EU. Nach der gemeinsamen Begrüßung durch Dr. Stephan Koppelberg, Leiter der Regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, und Volker Schlegel, Botschafter a.D. und Vorsitzender des NRW Forums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), führt Paul Freiherr von Maltzahn, Botschafter a.D. und stellvertretender geschäftsführender Präsident des DGAP, als Moderator durch die Veranstaltung.

<http://www.eu-bonn.de/index.asp?cmsseiteid=18432>

2. Europa-Diskussionsabend der Hanns-Seidel-Stiftung am 08.02. in Brüssel

Am 08.02. organisiert das Verbindungsbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel eine Diskussions-Veranstaltung zum Thema „Europa ordnen: Perspektiven und Grenzen europäischer Integration“. Die Veranstaltung wird von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr im Hotel Stanhope stattfinden. Zwei wichtige Europapolitiker der CSU, Dr. Peter Gauweiler, MdB, und Manfred Weber, MdEP, werden mit den Teilnehmern über aktuelle Themen diskutieren. Für weitere Informationen oder um sich anzumelden schreiben Sie an bruessel@hss.de.

3. Konferenz zur Gleichstellung mit Viviane Reding am 10.02. in Berlin

Das Europäische Parlament und die Kommission werden ab März 2012 über die Frage entscheiden, ob auf EU-Ebene eine gesetzliche Regelung geschaffen werden sollte, um den Frauenanteil in Führungspositionen der Wirtschaft zu erhöhen. Zu diesem Thema spricht Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, um 11.00 Uhr in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Anschließend diskutieren Maria Böhmer, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Maria Rauch-Kallat, Ministerin a. D. und Unternehmerin (Österreich) und die Europaabgeordneten Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (EVP/Griechenland), Elisabeth Morin-Chartier (EVP/Frankreich) und Barbara Matera (EVP/Italien).

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm